

11. Januar 2013/bsb11

Erfolgreiches KMK-Präsidentschaftsjahr 2012 - Senator Ties Rabe zieht Bilanz

Schulsenator Ties Rabe zog heute in Berlin Bilanz seiner Präsidentschaft in der Kultusministerkonferenz im Jahr 2012: „2012 war ein bildungspolitisch erfolgreiches Jahr. Die Kultusministerkonferenz hat die Vergleichbarkeit der Schulabschlüsse zwischen den Bundesländern durch vergleichbare Abituraufgaben und klare Standards deutlich verbessert. Darüber hinaus haben die Bundesländer gemeinsam mit der Bundesregierung Initiativen zur Verbesserung der Sprachförderung an den Schulen und der Lehrerbildung eingeleitet. Diese und weitere Maßnahmen reihen sich ein in die vielfältigen Qualitätsverbesserungen des Bildungssystems durch die Kultusministerkonferenz in den letzten Jahren. Ich bin überzeugt, dass in der Schulpolitik künftig zwei Themen an Bedeutung gewinnen werden: die Verbesserung des Bildungserfolges durch besseren Unterricht und die Verbesserung des Übergangs von der Schule in den Beruf.“

Zentrale Themen des Jahres 2012 waren:

Bildungsstandards für die Abiturprüfung

Ties Rabe: „Ein bildungspolitischer Meilenstein war der Beschluss zu verbindlichen Bildungsstandards und zur Einführung gleich schwerer Aufgaben für die Abiturprüfung in den Fächern Deutsch, Mathematik und fortgeführter Fremdsprache (Englisch/Französisch). Im Schuljahr 2016/17 werden erstmals bundesweit gleich schwere Abiturprüfungen in den zentralen Fächern entsprechend der neuen Bildungsstandards zum Einsatz kommen. Dazu wird ein Aufgabenpool mit wissenschaftlich überprüften und gleich schweren Abituraufgaben in den zentralen Fächern eingerichtet.“

Die verbindlich geltenden Bildungsstandards für die Allgemeine Hochschulreife wurden vom Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) in Zusammenarbeit mit Fachleuten der Länder, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern und einer von der Kultusministerkonferenz eingesetzten Steuerungsgruppe entwickelt.

Damit hat die Kultusministerkonferenz einheitliche Leistungsanforderungen für die gymnasiale Oberstufe und das Abitur in allen 16 Bundesländern festgelegt. „Von der Grundschule bis zum Abitur liegen damit bundesweit geltende Bildungsstandards für die zentralen Fächer vor. Damit verbessern die Länder die Qualität des Unterrichts und die Vergleichbarkeit der Abschlüsse. Das ist sicher ein großer Schritt für das deutsche Schulwesen“, erklärte Ties Rabe. Die Länder haben inzwischen mit den Vorbereitungen zur

Implementierung der Bildungsstandards für die Allgemeine Hochschulreife begonnen, die ab dem Schuljahr 2014/2015 in der gymnasialen Oberstufe aufwachsend umgesetzt werden.

Sprachförderung

Aufgrund des wachsenden Anteils von Kindern mit Sprachproblemen haben die Bundesländer in den vergangenen Jahren die Sprachförderung erheblich ausgebaut. Um die Qualität dieser neuen Sprachfördermaßnahmen zu überprüfen und zu verbessern, haben Bund und Länder im Oktober 2012 die Initiative "Bildung durch Sprache und Schrift (BISS)" beschlossen. Damit wird ein fünfjähriges Forschungs- und Entwicklungsprogramm auf den Weg gebracht, das die sprachliche Bildung von Kindern sowie die Angebote zur Sprachförderung, Sprachdiagnostik und Leseförderung wissenschaftlich überprüft und weiterentwickelt. Darüber hinaus unterstützt das Programm die Fort- und Weiterqualifizierung der Erzieherinnen und Erzieher sowie der Lehrkräfte. „BISS“ wird zu Beginn des Schuljahres 2013/2014 in Kindertageseinrichtungen, Grundschulen und weiterführenden Schulen umgesetzt.

Lehrerbildung

Gemeinsam mit der Bundesregierung wurden im Jahr 2012 Schritte für ein Programm zur Verbesserung der Lehrerbildung erörtert. Ties Rabe: „Die Gespräche sind auf einem guten Wege. Denn die Verbesserung der Lehrerbildung an den Universitäten ist seit langem Thema der Kultusministerkonferenz. Die Ausbildung braucht mehr Praxisbezüge und muss auf Veränderungen in der Schulwelt wie zum Beispiel die Unterschiedlichkeit der Lerngruppen, ganztägiges Lernen und die Inklusion abgestimmt werden.“ Rabe betont weiterhin: „Schon jetzt nutzen zahlreiche Studenten, Referendare und Lehrer die umfassenden Möglichkeiten zum Wechsel zwischen Universitäten und Bundesländern. Zur Beseitigung letzter Verwaltungshürden in Einzelfällen will die Kultusministerkonferenz im nächsten Jahr ein Verfahren vorschlagen.“

Schwerpunktthema Übergang Schule-Beruf

Der Übergang von der Schule in den Beruf war ein Schwerpunktthema im Präsidentschaftsjahr 2012. Der Nationale Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland (Ausbildungspakt) vereinbarte im November, die vielfältigen Angebote im Übergangsbereich besser aufeinander abzustimmen und zu bündeln. Auf Initiative des Präsidenten fand Ende November die Fachtagung „Grenzen überwinden – Zusammenarbeit organisieren“ statt, um die länderübergreifende Zusammenarbeit zu verbessern.

Ties Rabe: „Viel zu viele Jugendliche finden direkt nach der Schule keinen Ausbildungsplatz. Wir brauchen deshalb eine hohe Ausbildungsbereitschaft der Betriebe und Unternehmen, aber auch eine Reihe schulischer Veränderungen. An den allgemeinen Schulen muss eine umfassende Berufsorientierung eingeführt werden, um junge Menschen auf den Beruf vorzubereiten. Darüber hinaus müssen die zahlreichen Angebote für Schulabgänger ohne Ausbildungsplatz gebündelt und konsequent mit praktischer Tätigkeit in Betrieben und Unternehmen verzahnt werden, um aus den bestehenden „Warteschleifen“ Brücken in die Ausbildung zu machen. Vor allem müssen die vielfältigen Beratungsangebote der zahlreichen öffentlichen Einrichtungen für Jugendliche besser koordiniert werden, damit kein Jugendlicher mehr durch das Raster fällt. Um die Attraktivität der beruflichen Ausbildung zu erhöhen, sollte leistungsstarken Jugendlichen zusätzlich zum beruflichen Abschluss der

Erwerb des nächsthöheren Schulabschlusses angeboten werden.“ Die Ergebnisse der Fachtagung werden 2013 in die weitere Arbeit des Ausbildungspakts eingebracht.

Dialogorientiertes Serviceverfahren der Stiftung für Hochschulzulassung

Zum Wintersemester 2012/2013 sind erstmals Studienplätze in begehrten Numerus-Clausus-Fächern mit Hilfe eines neuen bundesweiten Bewerbungsportals via Internet vergeben worden. Damit ist der Pilotbetrieb des „Dialogorientierten Serviceverfahrens“ (DoSV) erfolgreich gestartet. Dabei werden die Bewerbungen in einer Datenbank erfasst und abgeglichen. Das Verfahren sorgt dafür, dass bei der Annahme eines Studienplatzes Mehrfachbewerbungen an den übrigen Hochschulen nicht länger blockiert und die somit frei werdenden Plätze schneller an andere Bewerber vergeben werden können. So wird verhindert, dass zu Semesterbeginn Studienplätze frei bleiben. Die Kultusministerkonferenz sichert die Finanzierung des DoSV bis zum Anschluss einer Mehrzahl der Hochschulen in staatlicher Verantwortung bis Ende 2013. Da der Erfolg des Systems wesentlich von der Beteiligung weiterer Hochschulen abhängt, wirken die Länder mit Nachdruck darauf hin, dass sich ihre Hochschulen mit den zulassungsbeschränkten Studiengängen zum Wintersemester 2013/2014 am DoSV beteiligen.

Kulturelle Bildung

Kulturelle Bildung war ein Schwerpunktthema im Jahr 2012. In einem Kammingespräch mit Künstlerinnen und Künstlern sowie Vertretern von Verbänden wurde über verstärkte Kooperationen mit dem Schulbereich, beispielsweise im Rahmen von Ganztagsangeboten, beraten. „Kulturelle/musisch-ästhetische Bildung im Lebenslauf“ war auch das Schwerpunktkapitel des Bildungsberichts 2012. Ties Rabe: „Kulturelle Bildung ist für die Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen von entscheidender Bedeutung. Wir müssen darauf achten, dass angesichts der Fokussierung der zahlreichen Lernuntersuchungen auf die Kernfächer diese wichtige Dimension schulischer Bildung nicht verloren geht“, betonte Ties Rabe. „Wir werden den Dialog auch 2013 weiter fortsetzen. Bereits Ende Januar findet eine zweitägige Fachtagung der Stiftung Mercator und der Kultusministerkonferenz in Essen statt mit dem Ziel, konkrete Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen Schule und Kultur in den Ländern aufzuzeigen.“

Für Rückfragen der Medien:

Behörde für Schule und Berufsbildung

Peter Albrecht, Pressesprecher

Tel: (040) 4 28 63 – 2003

E-Mail: peter.albrecht@bsb.hamburg.de,

Internet: www.hamburg.de/bsb